

V0421/21

Videotelefonie als neuer Standard im Bürgerservice / "Schluss mit den Faxen"
-Gemeinschaftsantrag der Ausschussgemeinschaft FDP-JU vom 18.05.2021-

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 19.10.2021

Die Anträge der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0417/21, V0418/21, V0419,21, V0420/21 und V0421/21 und die Beschlussvorlage der Verwaltung V0903/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Schäuble spricht sich positiv für die Entwicklung dessen aus und erkundigt sich zum zeitlichen Aspekt der Planungen.

Herr Prof. Rosenfeld verweist auf den Grundsatzbeschluss aus dem Jahr 2018 und merkt an, dass alle Maßnahmen, welche aktionsorientiert gewesen seien, vollständig umgesetzt worden seien. Grundsätzliche und organisatorische Fragen seien nicht durchgängig behandelt worden. Nach Worten von Prof. Rosenfeld gehe es daher nun um eine dynamische Fortschreibung und vor allem um die organisatorischen Fragen und die klare Beschreibung von Prozessen. Dazu zählten auch die Rollen in den verschiedenen Fachämtern. Weiter gehe es um den Aufbau eines strategischen Projektportfolios und ein Verfahren für die Aufsetzung einzelner Projekte und deren Kalkulation sowie Budgetierung. Auch sei das Ziel, dies mit einem Monitoring zu versehen. Es sei davon auszugehen, dass zusätzliche Personalkapazität benötigt werde, es seien aber jetzt bewusst noch keine Stellen angemeldet worden. Die beteiligten Ämter seien informiert worden, dass Herr Walthier vom Wirtschaftsreferat hier der zuständige Ansprechpartner und der Organisator der Prozesse sei. Um ein schnelleres Vorgehen zu gewährleisten, müsse die Möglichkeit externer Beratung gegeben sein. Nach Beschluss des Stadtrates solle im ersten Halbjahr des nächsten Jahres die Grundstruktur hierzu getroffen werden.

Das Thema Projektportfolio sei ein wichtiger Bestandteil dieser Vorlage, so Stadtrat Köstler. Weiter verweist er auf die Beschränkung auf den Bereich Digitalisierung, welche hier einen Schwachpunkt darstelle. Die Stadt sei mehr als „Digitalisierung“ und insofern müsse das Projektportfolio übergreifend und nicht nur für einzelne Bereiche betrachtet werden. Weiter verweist er auf den von Herrn Prof. Rosenfeld angesprochenen Grundsatzbeschluss zur Digitalisierung. Im Hinblick auf die Strahlenbelastung der Bürger gehe nichts voran. Insofern sei die Beschlussvorlage nicht zufriedenstellend.

Stadtrat Schäuble zeigt sich erfreut über die Einführung der Bürger-ID als Modell-Kommune. Dies sei eine tolle Sache für Ingolstadt. Er zeigt sich verwundert, dass die Verwendung von BIM im Bereich der städtischen Ämter nicht in die Beantwortung der Anträge aufgenommen sei. Die Gespräche mit der INKo-Bau und die dort dargestellten Vorteile von BIM seien beeindruckend. Es fragt deshalb nach, inwieweit dies geplant sei.

Nach Worten von Herrn Hoffmann spreche man sowohl im Tiefbau- als auch im Hochbaubereich gerade intensiv über die Einführung und Nutzung von BIM. Diese Planungsmethode ermögliche das Modellieren eines Bauprojektes in allen Gewerken und Planungsschritten. Herr Hoffmann weist darauf hin, dass das deutsche Bausystem hier jedoch seines Wissens immer noch am Anfang stehe. Insofern seien viele Planungsbüros noch nicht mit ihren Softwarelösungen darauf eingestellt. Weder die derzeitigen

Honorarstrukturen für Planungsbüros noch die zugehörigen Vertragsmuster könnten dies alles bereits abbilden. Herr Hoffmann informiert, dass es trotzdem wichtig und richtig sei, dass die Stadt Ingolstadt sich hier Know-How und Erfahrungen erwerbe und baldmöglichst mit BIM gearbeitet würde.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist ebenfalls auf die guten Erfahrungen von INKoBau. Sie verstehe aber auch, dass die Anwendung noch nicht flächendeckend möglich sei. Künftig laufe es auf eine digitale Planung hinaus, denn diese habe viele Vorteile und schaffe auch mehr Kostensicherheit.

Stadtrat Schäuble regt an, den Punkt zehn des Kurzvortrages damit zu ergänzen, dass die Einführung von BIM angestrebt werde und im nächsten Jahr ein Bericht hinsichtlich der Entwicklungen in der Stadt erfolgt.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0903/21**:

Gegen die Stimme von Stadtrat Kötler:

Entsprechend dem Antrag befürwortet mit der Maßgabe, dass BIM berücksichtigt werde und im nächsten Jahr eine Berichterstattung erfolge.

Die Anträge der Ausschussgemeinschaft FDP/JU **V0417/21, V0418/21, V0419,21, V0420/21** und **V0421/21** sind durch die Beschlussvorlage der Verwaltung erledigt.